

Katholische Stadtkirche Nürnberg
Evangelisch-Lutherisches Dekanat Nürnberg
Katholische Betriebsseelsorge Bamberg
Evangelischer Kirchlicher Dienst i.d. Arbeitswelt
DGB Region Mittelfranken
Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)



September 2016

Nürnberger Erklärung zu Flucht Asyl Menschenwürde

[Kunstinstallation des chinesischen Künstlers Ai Weiwei am Konzerthaus Berlin mit 2.000 Rettungswesten von Flüchtlingen, Februar 2016, Ausschnitt]

Warum nehmen bewaffnete Konflikte weltweit zu?
Warum werden soziale Abstiegsängste nicht hinterfragt?
Was braucht es, damit Werte wie Solidarität und Nächstenliebe politisch und persönlich weltweit umgesetzt werden?

Diese Leitfragen bewegen Kirchen, Gewerkschaften in Nürnberg sowie Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte in Bayern. In die Kontroverse um Flucht, Asyl und Menschenwürde bringen wir uns mit gemeinsamen Positionen in die Debatte ein.

Menschen auf der Flucht sind Opfer nationaler und internationaler Machtpolitik [Sehen]

Millionen Menschen sind auf der Flucht und begeben sich auf einen ungewissen und gefährlichen Weg in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Dies ist in ihrer Heimat durch Krieg, Terror, Armut, Umweltkatastrophen, Korruption, Unterdrückung oder Verfolgung aus ethnischen Gründen nicht mehr möglich.

Die Anlässe für die Flucht der Menschen aus ihrer Heimat mögen vielfältig sein, doch haben sie gemeinsame Ursachen. Die Flüchtenden sind Opfer nationaler und internationaler Machtpolitik.

Internationale Wirtschafts- und Handelspolitik bringt zur Durchsetzung ihrer Interessen ganze Regionen in wirtschaftliche Abhängigkeit und beutet sie aus. **Flüchtlinge sind Botschafter dieser Ungerechtigkeit.** Dieses „strukturell perverse System“ (Papst Franziskus, Laudato Si Nr. 52) bekommt es nun mit den Auswirkungen seiner eigenen destruktiven Politik zu tun.

Waffenexporte, die aus politischem Kalkül nicht gestoppt werden, direkte militärische Interventionen oder religiöser Extremismus destabilisieren ganze Länder und machen Teile schließlich unbewohnbar. Flüchtlinge, die nach Europa kommen, geben dieser Entwicklung ein Gesicht.

Versäumnisse der Vergangenheit werden sichtbar [Urteilen]

Die Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen ist eine Herausforderung für die Europäische Union als Wertegemeinschaft. Diese gemeinsame Verantwortung für den Schutz von Flüchtenden wird jedoch momentan nicht wahrgenommen. Europa macht sich derzeit im doppelten Sinne mitschuldig an der menschenunwürdigen Situation vieler flüchtender und asylsuchender Menschen: durch den eigenen Anteil an den Fluchtursachen und der zum Teil verweigerten humanitären Hilfeleistung.

In Deutschland leben seit Jahrzehnten Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen. Dies gilt für das soziale, kulturelle, politische sowie für das wirtschaftliche Zusammenleben. Deutschland hat bewiesen: **Wir können Integration!**

Als 2015 vermehrt Flüchtlinge auch in Deutschland eintrafen, füllten tausende freiwillige Helfer diesen Anspruch auf eine solidarische Gesellschaft und die Unteilbarkeit der Menschenwürde mit ihrer Mitmenschlichkeit und unkomplizierten Hilfe am Menschen mit Leben.

Die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen, ihre Integration und die Verhinderung von sozialer, kultureller und gesellschaftlicher Spaltung sind Gemeinschaftsaufgaben. Bund, Länder und Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Migrantenselbstorganisationen tragen dafür auch weiterhin Verantwortung.

Soziale Spaltungen in unserer Gesellschaft sind keine Folge der gestiegenen Flüchtlingszahlen. Vielmehr lenken die neuen Herausforderungen den Blick auf **Versäumnisse der Vergangenheit.** Die Trennlinie verläuft nicht zwischen Migranten und Einwohnern, sondern zwischen **Gewinnern und Verlierern unserer Gesellschaft.**

Die Einführung des Mindestlohnes hat gezeigt, dass Veränderungen hin zu mehr Gerechtigkeit möglich sind. Alle





Integrationspolitik zukunftsfähig und partizipativ gestalten

Maßnahmen für mehr sozialen Frieden und Gerechtigkeit müssen weiter befördert werden und allen Bevölkerungsgruppen zu Gute kommen. Es ist Aufgabe der Wohnungsbau-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dazu beizutragen, die Spaltung zwischen Arm und Reich abzubauen. Nur so kann den Ängsten von Menschen begegnet werden, die befürchten, durch die Hilfe für Flüchtlinge noch mehr benachteiligt zu werden. Zur Bewältigung dieser Aufgaben müssen Vermögende entsprechend ihrer Finanzausstattung stärker in die Pflicht genommen werden.

Rechtsextremisten und Rechtspopulisten nutzen das Thema Flucht und Migration momentan dazu, mit Feindbildern die Gesellschaft zu spalten. Diese widersprechen christlichen Werten und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wir treten hier in Nürnberg jeder Form von Hass, Rassismus, Beleidigung und Gewalt mit Entschiedenheit entgegen.

Ein friedliches Miteinander und die Integration in die deutsche Gesellschaft gelingen nur dann, wenn die Werte des Grundgesetzes und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens von allen akzeptiert werden. So muss klar sein, dass das Recht auf freie Ausübung der Religion ohne Unterschied anerkannt werden muss. Dies gilt sowohl für die hier lebende Bevölkerung als auch für die neu hinzugekommenen Flüchtlinge. Integrationsfeindliche Schlagworte wie „Armutsmigration“ oder „Flüchtlingsschwemme“ wirken wie Brandbeschleuniger in der mittlerweile verunsicherten Gesellschaft. Wir sprechen uns gegen den **unverantwortlichen Sprachgebrauch mancher Politiker** aus. **Leitkultur** ist als zentraler Begriff für die Integrationsdiskussion **ungeeignet**.

Friendedens- und Integrationspolitik neu denken [Handeln]

Eine Bewältigung der Herausforderungen für die Zukunft kann gelingen! Hierzu müssen in erster Linie die Ursachen für Flucht durch eine konsequente Friedenspolitik beseitigt werden:

- Rüstungsexporte, die bewaffnete Konflikte unterstützen, sind zu ächten.
- Gezielte Entwicklungszusammenarbeit und die Unterstützung des Aufbaus einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaft vor Ort müssen einen ganz besonderen Stellenwert deutscher und europäischer Außenpolitik bekommen.
- Freihandelsabkommen, die Wirtschaftsräume abschotten und Teilnahmekancen anderer Länder behindern, sichern keine tragfähige Zukunft und sind abzulehnen.
- Fairer Handel und menschenwürdige Produktionsbedingungen müssen die internationale Handelspolitik bestimmen.

Unterzeichner/in

Hubertus Förster, Kath. Stadt- und Regionaldekan

Dr. Jürgen Körnlein, Evang. Stadtdekan

Stephan Doll, Geschäftsführer DGB Region Mittelfranken

Für eine zukunftsfähige und **beteiligungsorientierte Integrationspolitik** auf der Grundlage wertvoller Integrationserfahrungen:

- Eine nachhaltige und qualifikationsadäquate **Arbeitsmarktintegration** soll durch betriebsnahe Maßnahmen, durch die unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse und durch eine qualifizierte Berufsausbildung erfolgen. Wichtig ist dabei, die geflüchteten Menschen nicht auf ihre „Funktion“ als Fachkräfte zu reduzieren.
- Schulen müssen nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle Kinder mit und ohne Migrationshintergrund zukunftsfähig gemacht werden. Allen Kindern und Jugendlichen, die nach Deutschland kommen, soll ein schneller und ihren Fähigkeiten und Qualifikationen entsprechender schulischer Zugang ermöglicht werden. Eine erfolgreiche **schulische Integration bereichert unsere Gesellschaft**.
- Politische Integration kann nur über **Partizipation** gelingen. Die Integrationsbeiräte und Flüchtlingsräte sowie weitere Migrantenselbstorganisationen müssen in die Neugestaltung der Integrationsprozesse miteinbezogen werden. Sie verfügen über wertvolle interkulturelle Kompetenzen und integrationspolitische Erfahrungen.
- Wir fordern **kommunales Wahlrecht** für alle, auch für Drittstaatsangehörige. Weil es die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft ist, die gesamte Bevölkerung in die politischen Entscheidungen einzubeziehen. Dadurch wollen wir die Demokratie stärken.
- Aller Ausgrenzung, Diffamierung und Herabsetzung Anderer treten wir entschieden entgegen. Dies zu verhindern ist Aufgabe einer wachen Zivilgesellschaft und ihrer Parteien. Darüber hinaus hat der Staat die Aufgabe, Opfer von Rassismus und Rechtsextremismus zu schützen sowie die Sensibilisierung und die **Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus strukturell zu fördern**.

Die Flucht von Millionen von Menschen macht deutlich, dass wir in der Einen Welt leben und die Entscheidungen der internationalen Politik **Auswirkungen auch auf uns in Nürnberg** haben. Ein Umdenken bei der Friedens-, Sozial-, Umwelt und Verteilungspolitik ist möglich.

Der einzelne Mensch mit seiner unveräußerlichen Würde steht dabei für uns im Mittelpunkt. Wir stehen für die zentralen Werte von Solidarität, Rücksichtnahme und Nächstenliebe ein. Sie sollten das Denken und Handeln aller Menschen bestimmen, damit Gewalt, Flucht und Ungerechtigkeit keine Chance mehr haben.

Mitra Sharifi Neystanak, Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)

Prof. Dr. Johannes Rehm, Leiter Evang. Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt

Dr. Manfred Böhm, Leiter Arbeitnehmerpastoral im Erzbistum Bamberg